

Martina Heßler

Integrierte oder fragmentierte Räume?

Städtische Unternehmensareale der Firma Siemens in Berlin und München

I. EINLEITUNG

Städte sind Orte des Öffentlichen, der Begegnung und des Austauschs, der Integration und Vermischung. Gleichzeitig sind sie Orte des Privaten, des Ausschlusses, der Spaltung und der Trennung. Beides bedingt sich gegenseitig und das Verhältnis der beiden Sphären war immer wieder Thema stadthistorischer, -soziologischer sowie städtebaulicher Diskussionen. Vor allem im Kontext der Debatten um die europäische Stadt wird diese als genuiner Ort des urbanen Lebens beschrieben, der durch die Polarität einer öffentlichen und privaten Sphäre charakterisiert sei.¹ Thomas Sieverts bezeichnete den öffentlichen Raum als »Grundgesetz der Stadt«.² Hans-Paul Bahrndt hatte in seinem Buch »Die moderne Großstadt« zu Beginn der 1960er Jahre das Verhältnis von öffentlicher und privater Sphäre in den Städten als konstitutiv für Urbanität unterstrichen und dabei das Gleichgewicht der beiden Sphären als gefährdet beschrieben. Vor allem aber in jüngster Zeit wird der Verlust des öffentlichen Raums in den Städten beobachtet und als Krisenphänomen diskutiert. Insbesondere die Privatisierung städtischer Räume gilt als Bedrohung des Ideals der europäischen Stadt mit ihren öffentlichen Plätzen, Straßen und Orten. Die freie Zugänglichkeit und Nutzung des Raumes für jedermann, entscheidendes Kriterium für den öffentlichen Raum, wird durch privatrechtliche Initiativen eingeschränkt oder kann zumindest eingeschränkt werden. Allerdings hat, wie Walter Siebel erinnert, der öffentliche Raum »als jederzeit für Jedermann zugänglicher Raum [...] noch nie in irgendeiner Stadt existiert«.³ Schon immer wurden bestimmten Personengruppen der Zugang zu öffentlichen Räumen verwehrt, sei es den Frauen im 19. Jahrhundert oder heute Obdachlosen oder Drogenabhängigen.⁴

Gleichwohl scheint vor allem die rechtliche Privatisierung von öffentlichen Räumen das Gleichgewicht von öffentlichen und privaten Raum in den Städten derzeit aus dem Lot zu bringen. Ulf Herlyn problematisiert den »unübersehbaren Trend zur rechtlichen Privatisierung öffentlicher Räume, seien es nun Einkaufspassagen oder Shopping-Malls in den Zentren der Städte oder Urban-Entertainment-Centers oder auch die in den USA stark zunehmenden Gated Communities mit ausgedehnten Kontrollvorrichtungen, wie z. B. Zäune, Beleuchtungen und anders mehr« als »besonders schwerwiegend für ein ausgewogenes Verhältnis von Öffentlichkeit und Privatheit«.⁵ Aber nicht nur die Nicht-Zugänglich-

1 Vgl. den Überblick zum Verhältnis von Öffentlichkeit und Privatheit bei *Walter Siebel*, Einleitung. Die europäische Stadt, in: *ders.* (Hrsg.), *Die europäische Stadt*, Frankfurt/Main 2004, S. 11–50. Walter Siebel unterscheidet hier fünf Dimensionen der Polarität von Öffentlichkeit und Privatheit.

2 *Thomas Sieverts*, Die Gestaltung des öffentlichen Raums, in: *Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik in der Bundesrepublik (SGK)* (Hrsg.), *Die Stadt – Ort der Gegensätze*, Bonn 1996, S. 156–162, hier: S. 162.

3 *Siebel*, Einleitung, S. 27.

4 *Ebd.*, S. 27.

5 *Ulf Herlyn*, Zum Bedeutungswandel der öffentlichen Sphäre – Anmerkungen zur Urbanitätstheorie von H. P. Bahrndt, in: *Siebel*, *Europäische Stadt*, S. 121–130, hier: S. 125.

keit dieser Areale erweist sich aus der Perspektive des städtischen Lebens als problematisch. Indem beispielsweise Gated Communities selbstverwaltet sind, indem die Infrastrukturkosten privat getragen werden und zudem ein »Rat der Hauseigentümer« Gestaltungs- und Kontrollfunktionen übernimmt, verlieren Politik und städtische Verwaltung ihre Einflussmöglichkeiten. Es entsteht, wie Klaus Frantz formulierte, »eine Art Mini- oder Schattenregierung, die sich nur den Interessen der Bewohner der Privatsiedlung, nicht aber gegenüber der umliegenden städtischen Kommune verpflichtet fühlt.«⁶ Walter Siebel fasst diesen Trend folgendermaßen zusammen: »Anstelle der öffentlich-rechtlich verfassten Kommune tritt die privatrechtlich organisierte Vertragsgemeinschaft der Eigentümer; anstelle der öffentlichen Planung die Produktion der Stadt durch private Developer; anstelle der politischen Administration ein privates Management.«⁷

Klaus Selle wiederum hinterfragte das gezeichnete Krisenszenario der zunehmenden Verdrängung des öffentlichen Raums und schlug vor, Entwicklungen, die scheinbar zum Schwund öffentlicher Räume führen, wie z. B. privater Verkehr, Privatisierung oder moderne Kommunikations- und Informationstechnologien, eher als einen »kontinuierlichen Wandel« zu fassen, ohne damit problematische Entwicklungen in den Städten leugnen zu wollen. »Gesellschaftliche Anforderungen und städtische Räume«, so Selle jedoch, »finden stets aufs Neue zueinander.«⁸

In der Tat erweist sich das Verhältnis und die Bestimmung öffentlicher und privater Räume, vor allem historisch betrachtet, als kompliziert und einem steten Wandel unterworfen.

Mikael Hård und Andrew Jameson untersuchten im Sinne einer »cultural geography of science« das Verhältnis öffentlicher, privater und halböffentlicher Räume der Wissenschaften in den Städten vom 18. Jahrhundert bis heute und schildern die historischen Verschiebungen und den Wandel öffentlicher, halböffentlicher und privater Räume der Wissensproduktion.⁹

Industrie- oder Unternehmensstandorte wiederum, um die es im Folgenden gehen wird, gehören zumeist zu den nicht-öffentlichen Räumen in den Städten. Sie entwickelten sich zu abgeschotteten Räumen, die seit Ende des 19. Jahrhunderts in der Regel in der Peripherie der Städte gelegen sind. Nicht allgemein für jedermann zugänglich, sind sie von Mauern umgeben, elektronisch überwacht und in der Regel durch einen Pfortner kontrolliert. Der unternehmerische Raum integriert die, die dort ihre Funktion erfüllen. Betritt man ihn, ist man nicht mehr vorwiegend Privatperson, sondern Arbeitnehmer, Angestellter, Manager oder angemeldeter und kontrollierter Besucher. Öffentlich werden diese Räume am »Tag der Offenen Tür«, eine Einrichtung, die die übliche Nichtzugänglichkeit des Raumes noch unterstreicht. Argumente für diese Abschottung sind üblicherweise »Sicherheit für nicht an der Produktion Beteiligte, Sicherheit vor Industriespionage, Umweltrücksichten, Ungestörtheit der Produktion, Ungestörtheit durch die Produktion, privater Besitz.«¹⁰

6 Klaus Frantz, Gated Communities in Metro-Phoenix (Arizona), in: *Geographische Rundschau* 53 (2001), H. 1, S. 12–18, hier: S. 12.

7 Walter Siebel, Wesen und Zukunft der europäischen Stadt, in: Klaus Selle (Hrsg.), Was ist los mit den öffentlichen Räumen? Analysen, Positionen, Konzepte, AGB-Bericht No. 49, Aachen etc. Dortmund: Dortmunder Vertrieb für Bau- und Planungsliteratur 2002, S. 106–116, hier: S. 112.

8 Klaus Selle, Öffentliche Räume in der europäischen Stadt, in: Siebel, Europäische Stadt, S. 131–145, hier: S. 145.

9 Mikael Hård/Andrew Jamison, Hubris and Hybris. A Cultural History of Technology and Science, New York etc. 2005, Kapitel 3. In diesem Kapitel mit dem Titel »The Sites of Enlightenment and Innovation« beschreiben die Autoren die Rolle von verschiedenen, zumeist städtischen Orten wie Salons, Cafés, Museen, Botanischer Gärten, Labore für die Wissenserzeugung.

10 Susanne Hauser, Industrieareale als urbane Räume, in: Siebel, Europäische Stadt, S. 146–157, hier: S. 147.

Viele der alten Industrieareale aus dem 19. Jahrhundert erfuhren in den letzten Dekaden einen Funktionswandel und wurden damit wieder zu öffentlichen Räumen. Eroberten sich in den 1960er Jahren Künstler und Künstlerinnen alte Industrieareale als Orte für ihre Ateliers, für Galerien und Ausstellungen, so führten vor allem seit den 1970er Jahren Deindustrialisierungsprozesse dazu, dass alte Industrieareale neu gestaltet und in einer neuen Funktion wieder in die Stadt integriert wurden. Sie waren nicht mehr fragmentierter und abgeschirmter Raum in der Stadt oder vor der Stadt, sondern Orte von »kreativen Industrien«, von Techno-Events, von Kunst- und Musikereignissen und wurden so zu einem integralen Teil städtischer Kultur.¹¹ Diese Wiederzugänglichkeit von Industriearealen ging allerdings mit deren Funktionswandel einher. Sie waren keine Orte von Großunternehmen mehr.

Im Folgenden geht es jedoch nicht um diese von der stadtsoziologischen und kulturwissenschaftlichen Forschung beobachteten und untersuchten Überschreibungen und Neunutzungen alter Industrieareale, sondern vielmehr um die Frage, wie sich Industriestandorte seit Ende des 19. Jahrhunderts in den öffentlichen Raum der Stadt integrieren bzw. umgekehrt inwieweit sie als fragmentierte, abgeschottete Räume in der Stadt oder vor der Stadt errichtet wurden. Industriestandorte beinhalten nicht nur die Räume der Unternehmen selbst, ihre Werkstätten, Fabrikhallen, Forschungslabore oder Büros. Nicht selten finden sich auf dem Gelände oder in unmittelbarer Nähe soziale Einrichtungen, Infrastrukturen, und Werkwohnungen. Gelegentlich ging die Werksgründung sogar mit der Gründung eines neuen Stadtteiles einher.

Das Verhältnis von solchen Industriestandorten und der Stadt ist das Thema dieses Beitrags. Dass Prozesse von Industrialisierung und Stadtentwicklung eng zusammenhängen, hat die Forschung bereits vielfach aufgezeigt.¹² Die zentrale Frage hier ist, wie Unternehmen mit dem Bau ihrer Standorte das Verhältnis von öffentlichen und privaten Räumen in der Stadt beeinflussen. Hans-Paul Bahrdt bemerkte, dass der industrielle Großbetrieb jene Bereiche wachsen lasse, die »weder privat noch öffentlich sind«.¹³ Dem gilt es, näher nachzugehen. Der Fokus wird dabei auf der Frage liegen, inwieweit diese unternehmerischen Räume in städtische Strukturen und städtische Räume integriert oder mit ihnen verflochten sind oder inwieweit sie vielmehr separierte Enklaven darstellen. Welche Funktion nehmen sie im städtischen Raum ein, welche Ein- und Ausschlussprozesse induzieren sie? Kurz gefasst stellt sich also die Frage, ob und wie Unternehmensstandorte in die jeweilige Stadt und das städtische Leben integriert sind. Dabei wird auch, eng damit zusammenhängend, die städtische Topografie der Industriestandorte betrachtet.

Der Blick wird exemplarisch auf ein Unternehmen gerichtet werden, nämlich auf die Firma Siemens. Zuerst wird die seit Ende des 19. Jahrhunderts erbaute Siemensstadt in Berlin betrachtet. Zweites Beispiel wird der Siemensstandort Neuperlach in München sein, der als »Siemens-Forschungsstadt« bezeichnet wird und seit den 1970er Jahren entstand. Die Unterschiede der beiden Konzepte, die im Folgenden sichtbar werden, sind auch vor dem Wandel der Industriestruktur zu sehen: Die Berliner Siemensstadt war in erster Linie ein Standort für industrielle Produktion; der Arbeiteranteil in der Siemensstadt war bei den Beschäftigten wie bei den dort Wohnenden entsprechend hoch. Die Forschungsstadt Neuperlach dagegen, ist, wie der Name schon sagt, ein Forschungsstandort der Firma Siemens, der im Kontext des ökonomischen Wandels hin zu einer »Wissensindustrie« zu betrachten ist. Dieser ökonomische Wandel hatte erhebliche Auswirkungen auf das Konzept des Unternehmensstandorts. Das dritte Beispiel, das im Sinne eines Ausblicks betrachtet werden soll, ist der Siemensstandort in der Hofmannstraße, ein traditions-

11 Ebd.

12 Vgl. hierzu *Clemens Zimmermann*, Die Zeit der Metropolen. Urbanisierung und Großstadtentwicklung, Frankfurt/Main 1996.

13 *Hans Paul Bahrdt*, Die moderne Großstadt, Reinbek/Hamburg 1961, S. 93.

reicher Standort in der Münchner Innenstadt, für den das Unternehmen kürzlich Umstrukturierungspläne entworfen hatte. Letztere signalisieren wiederum ein neues Verhältnis von Stadt und Unternehmen.

II. DIE SIEMENSSTADT IN BERLIN: EIN ÖFFENTLICHER, ABER EXKLUSIVER RAUM

Die Berliner »Siemensstadt« wird häufig – vor allem im Kontext der Architekturgeschichte – mit der Ende der 1920er Jahre erbauten Großsiedlung Siemensstadt assoziiert.¹⁴ Diese Siedlung gehört heute zu den Baudenkmälern des 20. Jahrhunderts und zieht üblicherweise mehr Aufmerksamkeit auf sich als der eigentliche Stadtteil Siemensstadt, den die Firma Siemens & Halske seit Ende des 19. Jahrhunderts schuf und der 1914 aufgrund eines Beschlusses des Spandauer Magistrats zu einem eigenen Stadtteil wurde. Zwar erhielt die Großsiedlung Siemensstadt ihren Namen aufgrund ihrer Lage am Rande des von Siemens errichteten Stadtteils, allerdings wurde gerade sie ohne die Mitwirkung der Firma Siemens gebaut. Vielmehr war sie Teil des Berliner sozialen Wohnungsbaus. Auf Initiative des Stadtbaurats Martin Wagner war Hans Scharoun mit der Aufstellung des Bebauungsplanes beauftragt worden.¹⁵ Die Firma Siemens wiederum polemisierte in ihrer Hauszeitschrift, den Siemens-Mitteilungen, gegen die Architektur des Neuen Bauens und die Großsiedlung Siemensstadt.¹⁶

Das Phänomen Siemensstadt ist allerdings, wie Wolfgang Ribbe und Wolfgang Schäche in ihrer Pionierstudie aus den 1980er Jahren betonten, weit mehr und ein weit aus komplexeres Phänomen als die vor allem in Architektenkreisen wahrgenommene Großsiedlung.¹⁷ Als privat errichtete »Industriestadt« am Rande Berlins stellt sie ein interessantes Phänomen nicht nur im Hinblick auf die Firmengeschichte von Siemens, deren sozialpolitische Aktivitäten sowie im Hinblick auf städtebauliche Entwicklungen dar, sondern auch im Hinblick auf das Verhältnis von Stadt und Privatunternehmen und dessen Auswirkungen auf den Stadtraum.

Die Verlegung von Siemens-Werken auf Areale außerhalb Berlins stand bekanntermaßen im Kontext der Randwanderung der Industrie, wie sie für Berlin in verschiedenen Studien beschrieben wurde.¹⁸ Vor allem seit Ende des 19. Jahrhunderts veränderte sich die industrielle Topografie Berlins. Es entstanden zunehmend Industriestandorte außerhalb der administrativen Grenzen Berlins, wobei die Unternehmen wirtschaftlich und personell eng mit dem Industriezentrum verbunden blieben.¹⁹ Als entscheidenden Abschnitt der Standortbildung der Berliner Industrie bezeichnen Ribbe/Schäche die Zeit von 1890 bis zum Ende des Ersten Weltkriegs, in der sich ein Muster herausbildete, nach dem die Randwanderung den Bodenpreisen, den Wasserstraßen und der Eisenbahn folgte.²⁰

14 Vgl. z. B. Vier Berliner Großsiedlungen. Britz. Onkel Toms Hütte. Siemensstadt. Weiße Stadt. Eine Ausstellung vom 14.10.1984 – 7.1.1985 im Bauhaus-Archiv, Museum für Gestaltung. Katalog hrsg. von Norbert Huse, Berlin 1987.

15 Hans Jörg Duvigneau, Die Bedeutung der Berliner Großsiedlungen für die Wohnungsversorgung – damals und heute. in: Huse, S. 13–20, hier: S. 17.

16 Annemarie Jaeggi, Die Planungs- und Baugeschichte der vier Siedlungen, in: Huse, S. 111–200, hier: S. 180, Fußnote 18. Architekten der Siedlung waren u. a. Otto Bartning, Hugo Häring, Walter Gropius, Fred Forbat.

17 Wolfgang Ribbe/Wolfgang Schäche, Die Siemensstadt. Geschichte und Architektur eines Industriestandortes. Berlin 1985, S. 220.

18 Vgl. z. B., Ribbe/Schäche, S. 33 ff.; Ingrid Thienel, Städtewachstum im Industrialisierungsprozess des 19. Jahrhunderts, Berlin etc. 1973 sowie Jochen Boberg u. a. (Hrsg.), Exerzierfeld der Moderne. Industriekultur in Berlin im 19. Jahrhundert. Bd. I., München 1984.

19 Ribbe/Schäche, S. 36.

20 Ebd.

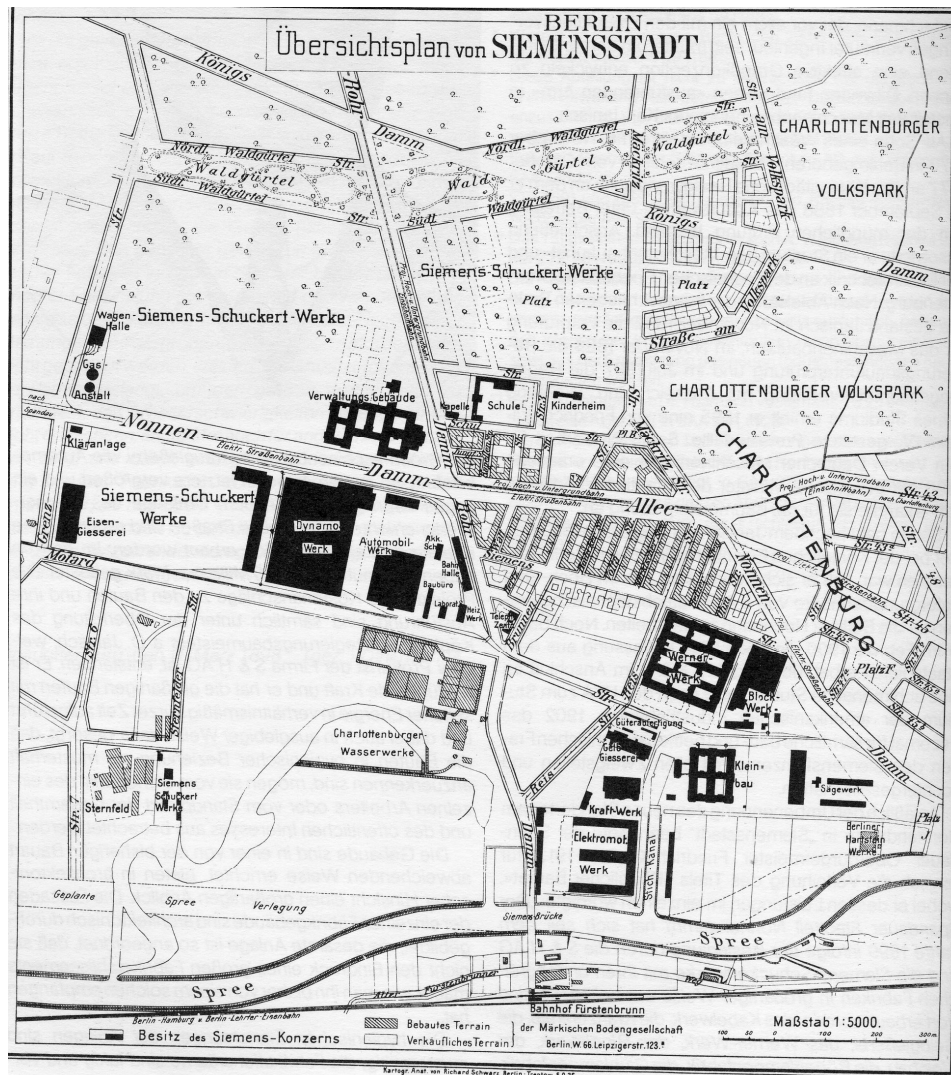


Abbildung 1: Der Übersichtsplan der Siemensstadt aus dem Jahr 1913 zeigt, wie sehr dort Arbeiten und Leben der Siemensmitarbeiter räumlich integriert waren. Wohnblöcke, Schule und Kinderheim befinden sich in unmittelbarer Nähe zu den Werksgebäuden. Nicht sichtbar wird auf dem Plan allerdings die räumliche Entfernung zu Berlin, die die Siemensstadt zu einem vom städtischen Leben abgelegenen Areal machte.

Quelle: Wolfgang Ribbe/Wolfgang Schäche, Siemensstandort Nonnendamm. Industrielle Randwanderung in Berlin um die Jahrhundertwende. Berlin 1984, S. 20.

Siemens & Halske war in zwei Etappen mit seinen Werken an die Ränder Berlins gewandert. Nach der Verlagerung eines Teils der Produktion nach Charlottenburg in den 1870er Jahren, folgte seit 1899 die Ansiedlung einiger Werke auf dem Areal, das heute als Siemensstadt bekannt ist.²¹ 1899 wurde das Kabelwerk auf dem neu erworbenen Ge-

21 Ebd., S. 36 ff.

biet in Betrieb genommen. In den nächsten Jahren folgten stets weitere Werksverlagerungen.²²

Siemens hatte das Gelände westlich von Charlottenburg zwischen 1897 und 1900 sukzessive gekauft. Hauptargument für den Erwerb des Geländes waren zum einen die günstigen Grundstückskosten, auch wenn das Areal verkehrsmäßig »gänzlich entlegen (war), die nächsten Siedlungen waren etwa in drei Viertelstunden zu Fuß zu erreichen. Es kostete die Firmenleitung einen gewissen Entschluss, sich in dieser Wildnis anzukaufen, denn eigentlich sprach alles dagegen und nur eines dafür: hier war endlich Platz.«²³ Zum anderen hoffte Siemens, mit der Entscheidung für dieses Grundstück, den Bau von Wohnsiedlungen überflüssig zu machen, da die Fabrik von den Ringbahnstationen Jungfernheide und Westend nach jeweils 20–25 Minuten Fußweg erreicht werden konnte.²⁴ Wie Carola Sachse betonte, war diese Nähe zu den Arbeiterwohngegenden im Norden Berlins und Spandau ein entscheidender Aspekt.²⁵ Siemens hatte das Gelände gerade gewählt, weil das Unternehmen glaubte, anders als bei den gleichzeitig diskutierten Standorten wie beispielsweise in Königswusterhausen, auf Werkswohnungsbau verzichten zu können.²⁶

Die Vorstellung, mit der Entscheidung für dieses Gelände das Pendeln für die Arbeiter zu ermöglichen, erwies sich jedoch als falsch. Die Erreichbarkeit der Fabriken gestaltete sich schwierig. Die Anfahrt vom Bahnhof Westend bedeutete, dass die Arbeiter die Spree zu überqueren hatten, während sie bei der Anreise über den Bahnhof Jungfernheide über den schlecht gepflasterten Nonnendamm gehen mussten.²⁷ Entsprechend klagten die Arbeiterausschüsse der Firma Siemens 1908 dem Charlottenburger Magistrat: »Durch die schlechte Beschaffenheit des Nonnendamms, den täglich 15 000 Arbeiter, Arbeiterinnen und Beamte gehen müssen, wird uns die Erreichung der Arbeitsstätte wesentlich erschwert. Der Bürgersteig ist so schmal, dass wir bei feuchtem Wetter von dem vorbeifahrenden Fuhrwerk rettungslos mit Schmutz beworfen werden. Der Gebrauch von Fahrrädern ohne Benutzung des Bürgersteigs ist ausgeschlossen, da die Löcher im Straßendamm eine zu große Gefahr bieten.«²⁸

Zudem resultierten aus der kommunalpolitisch komplizierten Lage des Grundstücks Probleme für das Unternehmen. Denn das Areal war eine Exklave, umgeben von den Kreisen Nierbarnim und Osthavelland sowie den Stadtkreisen Charlottenburg und Spandau. Sowohl Spandau als auch Charlottenburg zielten darauf, das gesamte Gebiet dem eigenen Gemeindegebiet einzuverleiben. Sie verfolgten dabei gänzlich unterschiedliche Interessen. Die Bürgerstadt Charlottenburg versuchte die Ansiedlung von Industrie zu verhindern und zeigte daher keine Bereitschaft, infrastrukturelle Folgekosten zu übernehmen.²⁹ Spandau förderte zwar die Ansiedlung von industriellen Arbeitsplätzen, war aber aufgrund seiner geringen Finanzkraft nicht in der Lage, Infrastrukturen zu erstellen. Jahrelange kommunalpolitische Auseinandersetzungen um die künftige Gemeindezugehörigkeit folgten, bis das Areal schließlich 1908 und 1910 nach Spandau eingemeindet wurde.³⁰

Aufgrund dieser kommunalpolitischen Situation war Siemens gezwungen, das Gelände selbst mit Straßen- und Brückenbauten, Fähr- und Pendelverkehr verkehrstechnisch zu erschließen.

22 Vgl. *Boberg* u. a., S. 149 f.

23 *Georg von Siemens*, Geschichte des Hauses Siemens, München 1947–1952 (3 Bde.), Bd. I, S. 258, zit. nach, *Boberg* u. a., S. 149.

24 Vgl. *Boberg* u. a., S. 149.

25 *Carola Sachse*, Siemens, der Nationalsozialismus und die moderne Familie. Eine Untersuchung zur sozialen Rationalisierung in Deutschland im 20. Jahrhundert. Hamburg 1990, S. 146.

26 *Ribbe/Schäche*, S. 65.

27 Ebd., S. 87.

28 Vgl. *Ribbe/Schäche*, S. 89.

29 Vgl. *Sachse*, S. 148.

30 *Boberg* u. a., S. 151 f.

So baute Siemens beispielsweise einen Eisenbahnhaltepunkt bei Fürstenbrunn, der ab 1905 genutzt wurde, die Spreebrücke zur Verbindung der neuen Industrie- und Wohnsiedlung mit Charlottenburg und auch den Anschluss der Siemenswerke mit einer eigenen Werksbahn an die Staatsbahn.³¹ Des Weiteren übernahm Siemens Kosten für den verkehrsgerechten Bau des neuen, nördlich des alten Nonnendamm verlaufenden Straßenzugs, der nach seiner Fertigstellung den Namen Siemensdamm erhielt.³²

Auch wenn 1914 die verkehrsmäßige Erschließung der Siemensstadt, vor allem die Anbindung an Berlin, als weitgehend befriedigend gelöst betrachtet wurde, so konnten die öffentlichen Verkehrsmittel in den 1920er Jahren den Verkehr wiederum kaum bewältigen. Die Folge war eine unerwünschte Fluktuation in der Belegschaft, was wiederum dazu führte, dass sich Siemens & Halske entschlossen, eine S-Bahnstrecke von Jungfernheide nach Gartenfeld im Einvernehmen mit der Reichsbahn zu bauen, die 1929 in Betrieb genommen wurde.³³

Angesichts der derzeitigen Diskussion um die Privatisierung städtischen Raums und um *public private partnerships* ist der Blick zurück in die Geschichte aufschlussreich. Klaus Selle hatte kürzlich die Frage aufgeworfen, ob Stadtentwicklung nicht immer schon auch Aufgabe privater Akteure war:

»Sind nicht wesentliche Teile der europäischen Stadt im neunzehnten Jahrhundert durch private Initiative und auf private Rechnung entstanden und wurden da nicht auch und zunächst öffentliche Räume [...] produziert – ohne dass öffentliche Planung [...] eine auch nur nennenswerte Rolle gespielt hätte?«³⁴

Er erwähnt die von Unternehmen erbauten Arbeitersiedlungen, die zugleich das alltägliche Verhalten ihrer Bewohner kontrollierten, und zwar nicht nur auf dem Werksgelände, sondern auch in den Wohnungen und auf den Straßen.³⁵

Was Selle für Arbeiterwohnsiedlungen allgemein betonte, lässt sich am Beispiel der Siemensstadt beobachten: Siemens übernahm öffentliche Aufgaben wie den Straßenbau oder die Einrichtung des öffentlichen Nahverkehrs selbst. Bis zum Ersten Weltkrieg war die Siemensstadt weitgehend das Ergebnis der privaten Initiativen der Firma Siemens. Sowohl die Projektierung und Durchführung der Werkbauten als auch sämtliche städtebaulichen Initiativen und Planungen für den neuen Stadtteil gingen von Siemens aus. Die strukturellen städtebaulichen Grundlagen, vor allem die verkehrsmäßige Erschließung der Siemensstadt wurde in den ersten, entscheidenden Jahren durch Siemens selbst geschaffen. Die Planungen oblagen dabei bis 1915 der Siemens-Bauleitung Nonnendamm unter Karl Janisch, danach übernahm Hans Hertlein diese Aufgabe.³⁶ Anknüpfen lässt sich hier wiederum an Hans-Paul Bahrds Beobachtung, dass »Industriewerke« Wohnungen bauen oder dem Arbeitnehmer gar zu Hausbesitz verhelfen, Konzerte und Theaterabende veranstalten etc.:

»Mit anderen Worten«, so Bahrds, »eine Reihe von Funktionen, die ursprünglich von nicht nur im juristischen, sondern auch im soziologischen Sinn öffentlichen Institutionen erfüllt wurden, werden von Organisationen übernommen, deren Tätigkeit nicht öffentlich ist und es ihrer Natur nach auch nur in bescheidenem Umfang werden kann.«³⁷

Dabei war die Siemensstadt allerdings nicht das Ergebnis eines Masterplanes wie beispielsweise die im 20. Jahrhundert gebauten Industriestädte wie Salzgitter, Wolfsburg oder

31 Ebd., S. 150 f.

32 Vgl. Ribbe/Schäche, S. 90.

33 Vgl. Boberg u. a., S. 154.

34 Selle, S. 138.

35 Ebd.

36 Vgl. Ribbe/Schäche, S. 177, 216. Vgl. auch: Wolfgang Schäche, 150 Jahre Architektur für Siemens, Berlin 1997, S. 42 f.

37 Bahrds, S. 92.

Magnitogorsk. Vielmehr entstand die Siemensstadt als neuer Stadtteil sukzessive aufgrund akuter Notwendigkeiten.

So machte die schlechte Erreichbarkeit der Siemenswerke – entgegen der ursprünglichen Intention – die Errichtung von Wohnungen für die Beschäftigten in der Nähe der Fabrik zu einem sinnvollen Projekt, wenn nicht gar aus Sicht der Firma zur Notwendigkeit.

Bereits 1899, kurz nach Einrichtung des Kabelwerks, hatten bei Siemens Überlegungen begonnen, ob neben den künftigen Fabriken auch eine Wohnsiedlung errichtet werden sollte. Die schlechten Erfahrungen anderer Großfirmen im Berliner Raum mit firmeneigenem Werkwohnungsbau, der auf scharfe Kritik der sozialdemokratisch organisierten Arbeiter stieß, führten dazu, dass Siemens zwar den Wohnungsbau förderte, aber nicht selbst als Bauherr auftrat. Die ersten Wohnblöcke wurden daher 1904 von der Märkischen Bodengesellschaft errichtet. Von 1904 bis 1909 errichtete die Charlottenburger Baugesellschaft weitere Wohnkolonien.³⁸ Die städtebauliche Gesamtplanung für dieses Projekt wurde vom leitenden Siemensangestellten Carl Janisch vorgegeben.

Erst 1919 gründete Siemens eine eigene gemeinnützige Wohnungsgesellschaft Siemensstadt GmbH. An dieser waren anfangs noch die Gemeinden Spandau und die »Märkische Heimstätten GmbH« beteiligt. Nachdem diese allerdings drei Jahre später ihre Anteile an Siemens abgegeben hatten, konnte Siemens seine wohnungsbaupolitischen Prinzipien durchsetzen. Nach einem Entwurf von Hans Hertlein wurden die Siedlung am Rohrdamm sowie die Heimatsiedlung gebaut.³⁹ Weitere Wohnsiedlungen entstanden in den 1920er Jahren in Zusammenarbeit von Siemens und der Gagfah.⁴⁰

Das Freizeitangebot in der entstehenden Siemensstadt war anfangs sehr schlecht, denn der neue Stadtteil, der sukzessive auf der grünen Wiese entstand, konnte an keine sozialen oder kulturellen Versorgungs- und Verwaltungseinrichtungen anknüpfen; sie waren überhaupt erst zu errichten. Auch dies wurde vor dem Ersten Weltkrieg weitgehend von Siemens getan. So stellte Siemens das Bauland für eine Schule unentgeltlich zur Verfügung und übernahm außerdem einen großen Teil der Baukosten. In der Nachbarschaft zur Schule entstanden Sozialbauten, so 1912/13 ein Kinderheim für die Siemens-Mitarbeiter, Sportplätze und Erholungsstätten. Hans Hertlein entwarf in den 1920er Jahren das Mädchenheim (Siemensgarten, 1927/28), das später zum Clubhaus wurde, eine Turnhalle (1928/29) sowie eine Squash-Halle. Seit 1907 gab es Versorgungseinrichtungen und Geschäfte wie eine Apotheke, Arztpraxen, Gaststätten, einen Tabakwarenladen, einen Kauffmann, einen Bäcker etc.⁴¹

Wer wohnte nun in der Siemensstadt? Wie setzte sich die Bevölkerung zusammen und wie gestaltete sich ihr Alltag?

Insgesamt lebte nur ein kleiner Teil der Belegschaft in der Siemensstadt.⁴² Vor allem zu Beginn waren nicht alle Wohnungen vermietbar, da die Miete den in Berlin üblichen Mieten entsprach, was den Arbeitern keinen besonderen Anreiz bot, zumal der Freizeitwert dieser Gegend noch äußerst gering war. 1906 waren von 466 Wohnungen noch 325 unvermietet, von den 52 vorhandenen Läden standen noch 34 leer.⁴³ 1927 wohnten schließlich 2900 oder 6 % der 49 000 in Siemensstadt Beschäftigten dort. Weitere Bewohner der Siemensstadt waren die Familienangehörigen der Beschäftigten sowie Ärzte, Lehrer, Einzelhändler und Handwerker mit ihren Familien, die die Stadt versorgten.⁴⁴

38 Vgl. *Boberg* u. a., S. 152.

39 Vgl. *Sachse*, S. 151.

40 Vgl. *Ribbe/Schäche*, S. 181.

41 Vgl. ebd., S. 111.

42 Vgl. *Sachse*, S. 158.

43 Vgl. *Ribbe/Schäche*, S. 108.

44 Vgl. *Sachse*, S. 147.

Die Mieter wurden von der Sozialpolitischen Abteilung auf verbindlichen Ranglisten vorgeschlagen. Bevor sich die öffentliche Hand am Ausbau des Stadtteils in Form von Wohnungsbauten und sozialen Einrichtungen beteiligte, wurde – mit Ausnahme von Arztpraxen und Läden – nur an Firmenangehörige vermietet, die von den Werks- und Abteilungsleitungen dafür vorgeschlagen wurden.⁴⁵ Wie Carola Sachse schreibt, lässt sich »aus verstreuten Hinweisen« folgern, dass die Wohnungen in erster Linie an Facharbeiter, Techniker und Ingenieure vermietet wurden, die bei Betriebsunfällen, Maschinenschäden oder Pannen kurzfristig abrufbar sein mussten, also an »betriebswichtige Arbeiter«⁴⁶. Weiter wohnten dort »gehobene« Angestellte wie Oberingenieure, Diplomingenieure und Prokuristen, wohl auch einige Direktoren mit ihren Familien sowie untere und mittlere Angestellte. 40 % der Wohnungen mussten an Arbeiter vergeben werden.⁴⁷

Bei Siemens beschäftigte Frauen hatten dagegen kaum eine Gelegenheit, eine Betriebswohnung zu mieten, zumal die Mieten für sie zu hoch waren. Frauen, so Sachse, »hatten in der Regel nur dann eine Chance, in einer Werkswohnung zu wohnen, wenn ihr Vater oder Ehemann auch bei Siemens arbeitete und als Mieter ausgewählt worden war.«⁴⁸

Bekanntermaßen wurde allerdings nach dem Ersten Weltkrieg die weitere Entwicklung des Wohnungs- und Städtebaus in Deutschland eine Angelegenheit von öffentlichem Interesse, für die der Staat bzw. die Kirchen verantwortlich waren, nicht aber eine private Firma. Die Siemens-Firmen beteiligten sich allerdings weiterhin an der Realisierung sozialer und kultureller Aufgaben in ihrer »Fabrikstadt«.⁴⁹ Jedoch versuchten seit etwa 1914 die zuständigen städtischen bzw. staatlichen Behörden – wie der Regierungspräsident und der Zweckverband Groß-Berlin – im zunehmenden Maße Einfluss auf die städtebauliche Entwicklung zu nehmen. Wie Ribbe/Schäche schreiben, ist es aufgrund der Quellenlage leider nicht einzuschätzen, inwieweit diese ersten planerischen Eingriffsversuche, von denen im übrigen keiner realisiert wurde, mit der Firma abgesprochen wurden. Es kam allerdings beispielsweise 1917/18 zu erheblichen Auseinandersetzungen zwischen Siemens und der Stadtgemeinde Spandau um die Expansionsmöglichkeiten der Industrie.⁵⁰ Ende der 1920er Jahre baute schließlich die Stadt Berlin, wie bereits erwähnt, die Großsiedlung Siemensstadt. Letzteres bedeutete eine Zäsur für den Stadtteil, denn damit hatte die Stadt den Wohnungsbau übernommen und dem Unternehmen die Kontrolle über die Besetzung der Wohnungen entzogen. Zuvor hatte sich Siemens bei der Zusammenarbeit mit den Baugesellschaften jeweils das Recht gesichert, sämtliche Wohnungen mit Werkangehörigen zu belegen und diese auszuwählen.

Es wäre lohnend, das Verhältnis von Siemens und der Stadt Spandau als eine Form der *private public partnership* neu zu betrachten. Die Quellenbestände wären genauer daraufhin zu betrachten, wie sich das Verhältnis von öffentlichen und privaten Aufgaben gestaltete, wie diese Zuständigkeiten und Aufgaben ausgehandelt wurden und welche Konsequenzen dies auf die Raumstruktur des Ortes hatte. Nach dem Ersten Weltkrieg setzten jedenfalls Entwicklungen ein, die den Stadtteil auch für nicht bei Siemens Beschäftigte öffnete. So entzog sich beispielsweise der erwähnte Bau der Großsiedlung Siemensstadt der Kontrolle des Unternehmens.

Vor dem Ersten Weltkrieg, zu einer Zeit als der Wohnungsbau sowie die Errichtung von Sozialeinrichtungen noch keine staatliche Aufgabe war, hatte Siemens allerdings sukzessive einen ganzen Stadtteil mit Wohnungen, Sport- und Freizeiteinrichtungen, kulturellen und sozialen Einrichtungen inklusive der Verkehrsentwicklung und der Infrastruk-

45 Vgl. Ribbe/Schäche, S. 200.

46 Sachse, S. 158.

47 Ebd. S. 158 f.

48 Ebd., S. 158.

49 Ribbe/Schäche, S. 205.

50 Ebd., S. 216.

turen errichtet. Die Siemensstadt stellt einen weitgehend privatwirtschaftlich konzipierten und entwickelten Stadtteil dar, der alle Funktionen des Städtischen integrierte. Freizeit und Wohnen waren integriert. Einkaufs- und Erholungsmöglichkeiten, Freizeiteinrichtungen und soziale Infrastrukturen ermöglichten es den bei Siemens Beschäftigten, in Siemensstadt zu leben und zu arbeiten. Aus Sicht der dort wohnenden Siemensmitarbeiter/-innen handelte es sich um einen Raum, der verschiedene Funktionen integrierte. Diese Integration der Siemensbeschäftigten bedeutete allerdings zugleich eine Exklusion von nicht bei Siemens Beschäftigten, denen dort kein Wohnraum zustand und für die die Erholungsräume und sozialen Infrastrukturen nicht errichtet worden waren. Auch wenn die Siemensstadt natürlich öffentlich zugänglich war, und es kein im heutigen Sinne rechtlich privatisierter Raum war, – denn jeder konnte dorthin fahren, herumlaufen, Bewohner besuchen etc. – so war der neue Stadtteil doch von seiner Intention her ein exklusiver Raum, der die von der Firma definierten Bedürfnisse der Siemensbeschäftigten erfüllen sollte. Er förderte eine Tendenz zur Fragmentierung der Stadt, zur Errichtung exklusiver Räume. Ist dieser exklusive Raum nun ein öffentlicher Raum, ein privater oder ein halb-öffentlicher? Oder handelt es sich um eine andere Kategorie: denn im Prinzip war es ein öffentlicher Raum, den jeder betreten konnte. Allerdings standen die sozialen Einrichtungen nicht jedermann offen und zudem hatte niemand, der nicht bei Siemens arbeitete, einen Grund, diesen Raum aufzusuchen. Der privatwirtschaftlichen Logik entsprechend waren die Einrichtungen für die »Siemensianer« gedacht. Vom Konzept her stellt dies eine klare Privatisierung des Raums dar, die nicht nur mit ihrer Ausrichtung auf Siemensmitarbeiter sondern auch mit der städtischen Topografie vor den Toren Berlins zu einer Fragmentierung der Stadt beitrug.

Offen ist allerdings, inwieweit die Bewohner und Bewohnerinnen ihren Lebensmittelpunkt und damit ihre Freunde und Bekannte tatsächlich in der Siemensstadt hatten oder ob sie in Alltag und Freizeitverhalten nach Berlin ausgerichtet waren, ob sich also, wie dies heute für die Gated Communities beschrieben wird, eine »Lifestyle-Community« entwickelte, in der sich das Leben unter Seinesgleichen abspielte.⁵¹ Die Literatur zur Berliner Siemensstadt rekurriert zumeist immer noch auf die 1985 erschienene Arbeit von Wolfgang Ribbe und Wolfgang Schäche. Die beiden Autoren mahnten schon damals an, dass auch eine Geschichte von »unten« geschrieben werden müsse.⁵² Eine Studie, die die Arbeits- und Lebensbedingungen in der Siemensstadt von »unten«, von Seiten der Bewohner und Bewohnerinnen erzählen würde, fehlt allerdings noch immer. Die Forschung konzentrierte sich auf Konzepte, Architektur sowie sozialpolitische Aspekte der Siemensstadt. Wie sich der Alltag der Siemens-Stadtbewohner gestaltete, wie die nachbarschaftlichen Beziehungen waren, wie sich das öffentliche Leben entwickelte, wie die Bewohner und Bewohnerinnen ihre Freizeit verbrachten, wissen wir bisher leider nicht. Nur wenige Bemerkungen in der Forschung geben Hinweise darauf, dass die Bewohner und Bewohnerinnen die sozialen Infrastrukturen wie Jugendvereine, Kegelbahn etc. häufig nutzten.⁵³

Gerade für das Verhältnis von öffentlichen und privaten Räumen in der Stadt sind diese Fragen von großer Bedeutung. Bildete sich ein eigener, von Berlin abgegrenzter Raum, in dem die Siemens-Mitarbeiter/-innen unter sich waren? Die Betrachtung der Lebensweisen der Bewohner/-innen, die Frage inwieweit dieser neu gebildete Stadtraum eine eigene Identität entwickelte oder ob die Bewohner/-innen doch lieber nach Berlin fuhren, wären wichtige Aspekte, um die hier aufgeworfene Frage nach Integration und Fragmentierung zu beantworten.

51 Vgl. zu Gated Communities in den USA und zu den so genannten »Lifestyle-Communities« z. B. Frantz, S. 14.

52 Vgl. Ribbe/Schäche, S. 7.

53 Ebd., S. 211.

Das Modell der engen Bindung von Unternehmen und Belegschaft, wie es die Gründung eigener und exklusiv von den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen zu bewohnenden Stadtviertel vorsah, setzte ich historisch jedenfalls nicht durch. War es ohnehin von Siemens ursprünglich nicht vorgesehen, so etablierte sich in Deutschland dieses Konzept nicht. Wohnen und Arbeiten blieben zumeist getrennt. Auch wenn Unternehmen Sportmannschaften gründeten und einige soziale Einrichtungen für ihre Mitarbeiter bereitstell(t)en, so differenzierten sich Wohnen, Arbeit und Leben auseinander; diese »Funktionen« in den Städten wurden jeweils unterschiedlichen Räumen zugeordnet. Dies gilt auch für die in den 1970er Jahren errichtete Siemens Forschungsstadt in Neuperlach.

Um 1950 wurde die Berliner Siemensstadt als Hauptstandort der Firma aufgegeben.⁵⁴ Dies hing vor allem mit der Entscheidung der Firma Siemens zusammen, ihren Hauptsitz von Berlin nach München zu verlegen.⁵⁵ Schon zu Beginn des Jahres 1945 hatten Vorstände von Siemens & Halske und der Siemens-Schuckert-Werke beschlossen, aufgrund der unsicheren politischen und militärischen Lage, die zentralen Abteilungen aus Berlin auszulagern. Im April 1949 wurde offiziell die Umsiedlung der Firmensitze von Siemens & Halske nach München und der Siemens-Schuckert-Werke nach Erlangen beschlossen. Im Laufe der folgenden Dekaden entwickelten sich in München verschiedene Standorte (z. B. Hofmannstraße, Balantstraße sowie Fertigungsstätten im Münchner Norden), die allesamt Ende der 1960er Jahre an die Grenze ihrer Raumkapazitäten stießen.⁵⁶ So baute Siemens in den 1970er Jahren die neue Forschungsstadt Neuperlach.

II. DIE SIEMENS-FORSCHUNGSSTADT NEUPERLACH: DIE »STADT IN DER STADT«

Hatte Siemens im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts ein ganzes Stadtviertel errichtet, so erbaute das Unternehmen in den 1960er und 1970er Jahren Forschungszentren wie in Erlangen oder in München-Neuperlach. Dies spiegelt nicht nur einen ökonomischen Strukturwandel wider, indem in den 1970er Jahren nicht mehr ein Produktionsstandort wie die Berliner Siemensstadt im Vordergrund stand, sondern eine Forschungsstadt, die im Kontext der Datenverarbeitung entstand. In der Siemens-Forschungsstadt arbeiteten hoch qualifizierte Angestellte, während die Produktion tendenziell aufs Land verlagert wurde.

Welche städtebaulichen und unternehmerischen Konzepte lagen nun diesem neuen Standort zugrunde? Wie fügte er sich in die Stadt München? Und wie wurde das Verhältnis von öffentlichen und privaten Räumen konzipiert und gebaut?

1. Die neue Forschungsstadt

Seit Herbst 1975 entstand in fünf Bauabschnitten bis 1988 die Forschungsstadt der Firma Siemens am Rande der neu erbauten Entlastungsstadt Neuperlach.⁵⁷ Die Forschungsstadt beherbergte die Unternehmensbereiche Daten- und Informationssysteme, außerdem die

⁵⁴ Ebd., S. 7.

⁵⁵ Zu den Hintergründen vgl. z. B., *Siemens AG* (Hrsg.), 150 Jahre Siemens. Das Unternehmen von 1847–1997, München 1997; *Wilfried Feldenkirchen*, Siemens. Von der Werkstatt zum Weltunternehmen, München etc. 1997; *Manuel Castells/Peter Hall*, Technopoles of the World, London etc. 1994, S. 179 f.; *Rolf Sternberg*, Technologiepolitik und High-Tech Regionen – ein internationaler Vergleich, 2. Aufl., Münster 1998, S. 238.

⁵⁶ Vgl. *technik + münchen*. Mitteilungsblatt der Technisch-Wissenschaftlichen Vereine Münchens, Juni 1980, Siemens in München-Perlach, S. 47.

⁵⁷ Ungeordnete archivarische Unterlagen der Firma Siemens am Standort Neuperlach (im folgenden SAA-Neuperlach), Hauspost, Siemens Presseinformation, Siemens München – Entwicklung auf Expansionskurs.

Zentralbereiche Technik, Organisation, Vertrieb, Personal und Zentrale Dienste.⁵⁸ Im August 1977 zogen die ersten Mitarbeiter aus den Münchner Standorten ein. 1990 arbeiteten dort rund 10.000 Menschen, wobei mehr als die Hälfte, nämlich 6.500, im Bereich Daten- und Informationstechnik beschäftigt waren.⁵⁹

Wie schon zum Ende des 19. Jahrhunderts entschied sich das Unternehmen für einen Standort in der Peripherie der Stadt. Die Motive waren zum Teil ähnlich – zum Beispiel spielte Raumnot eine bedeutende Rolle –, zum Teil spiegeln sie die Erfordernisse einer auf Wissen basierenden Industrie wider, die stark auf Kommunikation und Austausch angewiesen ist. So wünschte Siemens die Konzentration der über die Stadt verstreuten Standorte, um Kommunikation und Zusammenarbeit der Mitarbeiter zu verbessern. Ende der 1960er Jahre war die von Siemens in der Stadt München gemietete Fläche auf ca. 120.000 qm angestiegen.⁶⁰ Das Unternehmen war dabei über die ganze Stadt verteilt. Zunehmend empfand man diese Zersplitterung als unwirtschaftlich.⁶¹ Sie erschwerte, so wurde betont, den Arbeitsablauf erheblich. Daher entschloss sich das Unternehmen, die Münchner Forschungslaboratorien zusammenzuführen und in München-Perlach anzusiedeln.⁶² Bei Recherchen für einen neuen Standort hatte Siemens festgestellt, dass eine Randlage von Forschungszentren dem internationalen Trend entspreche⁶³, denn Standorte internationaler industrieller Forschungsstandorte lägen mit wenigen Ausnahmen außerhalb geschlossener Siedlungsgebiete. Entfernungen von 10–20 km von Großstädten seien üblich.⁶⁴ Zudem, so die Einsicht, lägen Forschungszentren durchweg in der Nähe von Autobahn- oder Schnellstraßenausfahrten und seien gleichzeitig in 10–20 Minuten Fahrzeit von der Stadt aus zu erreichen. Zugleich seien in der Regel günstige Verbindungen zu benachbarten Wohngebieten in der Randzone von Großstädten gegeben. Die zitierte Studie verwies darauf, dass die Mitarbeiter von Forschungsabteilungen zumeist PKW-Fahrer seien, einen suburbanen Lebensstil bevorzugten, in Eigenheimen lebten und familienorientiert seien. Hier wird deutlich, dass Siemens – wie ursprünglich auch bei der Randwanderung um 1900 – nicht daran dachte, Wohnungen für die eigenen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen zu bauen, sondern einen Standort am Rande der Großstädte suchte, was, so die Vorstellung, den Lebensweisen der Beschäftigten entspräche.

Ab Herbst 1977 bezogen schließlich rund 4.000 Mitarbeiter, deren Arbeitsplätze zuvor in über 80 Mietobjekten im gesamten Münchner Stadtgebiet verstreut lagen, ihren neuen Arbeitsplatz in Neuperlach, dem neuen Zentrum für Datentechnik.

2. Neuperlach und Siemens – Das Verhältnis von Stadt und Unternehmensstandort

Siemens hatte sich also für einen Standort in der Peripherie Münchens, genauer am Rand der neu erbauten Entlastungsstadt Neuperlach entschieden, einer jener Großsiedlungen, wie sie in den 1960er Jahren in der Bundesrepublik zuhauf erbaut wurden. »Großzügig, modern und bewohnerfreundlich« sollte die Entlastungsstadt Neuperlach werden⁶⁵, nur sie-

58 Vgl. Siemens-Geschäftsbericht 1978, S. 16.

59 Vgl. *Georg Mooseder/Adolf Hackenberg* (Hrsg.), 1200 Jahre Perlach. 790–1990. Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte eines Münchner Stadtteils mit den Ortsteilen Perlach, Fasangarten, Michaeliburg, Waldperlach und Neuperlach, S. 944.

60 Vgl. SAA-Neuperlach, Siemens München – Entwicklung auf Expansionskurs.

61 Ebd.

62 Vgl. SAA-Neuperlach, Bauen für die Forschung. Das neue Laborgebäude der Siemens AG in München-Perlach.

63 Vgl. SAA-Neuperlach, ZBA 1 Betriebsabteilung, 19.3.1970; Behrens – 3049, ZFE – neuer Standort für Forschungslaboratorium München.

64 Vgl. SAA-Neuperlach, Siemens-Forschungslaboratorien in München-Perlach.

65 *Münchner Abendzeitung*, 11./12. Januar 1962, S. 8.

ben Kilometer Luftlinie vom Münchner Rathaus entfernt. Neuperlach stellte das größte städtebauliche Projekt der Bundesrepublik dar. 80.000 Menschen sollten dort nach der Fertigstellung wohnen, leben und arbeiten. 30.000 Arbeitsplätze, Industrie- und Gewerbegebiete, kleinere Einkaufszentren, ein getrenntes Fußweg- und Autostraßensystem sowie weite Grünflächen, so das Konzept, würden Neuperlach zu einer autarken Einheit, einem eigenständigen und lebendigen Stadtgebiet machen. Der Münchner Stadtanzeiger titulierte die Form und Zielsetzung »als einzigartig in der Bundesrepublik«.⁶⁶ Die geplante neue Stadt, die aus dem Nichts entstehen sollte, entsprach etwa der Größe Ingolstadts bzw. der Größe der Münchner Innenstadt.⁶⁷

1962 wurde das Baugebiet Perlach im Flächennutzungsplan ausgewiesen. Am 3. April 1963 entschied der Münchner Stadtrat, einen Maßnahmeträgervertrag zum Bau der Entlastungsstadt Perlach mit der Neuen Heimat Bayern abzugleichen.⁶⁸ Die offizielle Grundsteinlegung fand am 11. Mai 1967 statt. 1968 wurden die ersten Wohnungen bezogen und innerhalb der nächsten rund 25 Jahre entstand eine Großwohnsiedlung für ca. 55.000⁶⁹, statt der geplanten 80.000 Einwohner.

Ähnlich wie um 1900 zog Siemens mit der Entscheidung für einen Standort in Neuperlach auf die grüne Wiese vor den Toren einer Großstadt. Anders als um 1900 entwickelte Siemens nun aber keinen Stadtteil, in dem die Beschäftigten wohnen und leben können. Siemens baute vielmehr eine so genannte Forschungsstadt, die in der baulichen (und wie wir sehen werden, teilweise auch sozialen) Struktur und der räumlichen Organisation zwar selbst eine Stadt zu imitieren versuchte, die jedoch weder Wohnungen für Angestellte noch Planungen für deren Freizeit vorsah und die abgeschottet am Rande der Entlastungsstadt liegt.

Allerdings war es in den 1960er und 1970er Jahren umgekehrt so, dass es das Anliegen der Münchner Stadtplaner bei der Konzeption Neuperlachs war, Unternehmen zu finden, die sich dort ansiedeln würden und zu einem integrierten Teil der neuen »Stadt« werden sollten. Explizites Ziel der Planungen war es, Unternehmen zu integrieren und sie zu einem lebendigen Teil Neuperlachs zu machen.

Diese Planungen zu Neuperlach sind im Kontext der damaligen stadtsoziologischen und städtebaulichen Debatten zu sehen. Mit dem Entwurf von Neuperlach reagierten die Planer vor allem auf drei Probleme, denen die Stadt München ausgesetzt war und die zu dieser Zeit stark problematisiert wurden. Das war zum einen das enorme Wachstum der Stadt München. Dort stiegen die Bevölkerungszahlen nicht nur, wie in anderen Städten, im Umland, sondern auch in der Kernstadt selbst enorm an.⁷⁰ Des Weiteren nahmen die Planungen die zeitgenössische Kritik an der »Ausfransung« der Städte auf. Gerade München war geprägt von einem starken Gegensatz von »dicht bebautem und in allen Funktionen überlastetem Stadtzentrum und einer niedrigen, aufgelockerten, städtebaulich unwirtschaftlichen Stadtrandzone«.⁷¹ Um diese Entwicklung zu stoppen, strebten die Konzepte zur Stadtentwicklung »an einigen geeigneten Punkten dieser Randzone eine beson-

66 Münchner Stadtanzeiger, 12. Mai 1967, S. 1–4.

67 Vgl. Gesamtplan zur Behebung der Wohnungsnot in München. Münchner Plan. Abschlußbericht, München 1969; SZ, 12./13.10.1963, S. 9; Münchner Stadtanzeiger, 12.05.1967, S. 1–4.

68 Zur Neuen Heimat vgl. *Andreas Kunz* (Hrsg.), *Die Akte Neue Heimat. Krise und Abwicklung des größten Wohnungsbaukonzerns Europas 1982–1998*, Frankfurt/Main etc. 2003.

69 So die Angabe zur Einwohnerzahl zu Beginn der 1990er Jahre auf der Homepage: URL <<http://www.neuperlach.info/>>.

70 Vgl. *Tilman Harlander*, *Wohnen und Stadtentwicklung in der Bundesrepublik*, in: *Ingeborg Flägel* (Hrsg.), *Geschichte des Wohnens. Von 1945 bis heute. Aufbau – Neubau – Umbau*. Stuttgart 1999, S. 233–417, hier: S. 291.

71 Stadtarchiv München (im Folgenden StadtA Mü), Baureferat Gruppe Stadtplanung, 27.1.1967, Aufgabe des Wettbewerbs; StadtA Mü, Plan.Ref. Abg 99013, Nr. 4 Baureferat, 11.7.1968, Bekanntgabe im Stadtplanungsausschuß.

dere städtebauliche Verdichtung« an. Mit einer solchen »punktförmigen Konzentration am Stadtrand«, wie dies formuliert wurde, sollte dem »breiartigen Auseinanderfließen«, dem »unbefriedigenden Zerfließen der Stadt« entgegengewirkt und den »Auswucherungen Einhalt« geboten werden.⁷² Die Kritik am suburbanen Zerfließen wurde mit der Bildung von »Außenzentren« beantwortet.⁷³ Nach den Planungen der Stadt München sollte Neuperlach ein solch neuer städtischer Schwerpunkt im östlichen und südöstlichen Stadtgebiet werden, der auch für die Gemeinden der Stadtregion mit seinen Arbeitsplätzen und Freizeitangeboten attraktiv sein und daher zu einem »gesellschaftliche(n) und kommerzielle(n) Kristallisationspunkt des Münchner Ostens«⁷⁴ werden.⁷⁵

Schließlich reflektierte das Konzept zur »Entlastungsstadt Neuperlach« die in den 1960er Jahren aufkommende Kritik am »Mord« der Stadt und am Verlust von Urbanität. Die Wettbewerbsausschreibung und die Planungen waren stark von diesen Debatten und dem Versuch, die Funktionstrennung zu überwinden, geprägt; die Begriffe »Urbanität«, »Funktionsmischung«, »Dichte« dominierten. Dies zielte allerdings eben nicht auf die Kernstadt, sondern auf die Randzonen. Galten diese als »vielfach langweilig, ungestaltet und seelenlos«⁷⁶, so war es nun der Anspruch, sie nach einem »Idealmodell« der Kernstädte, das in den Dekaden zuvor aufgrund der Maxime der Funktionstrennung verloren gegangen war, zu formen. Die neuen Zentren am Rande stellten den Versuch von Kopien der Stadtzentren dar, kleine Klone sozusagen, die dem Bild einer historisch gewachsenen Stadt und gleichzeitig der neuen Zeit entsprechen sollten: Denn sie sollten großstädtisch sein, urban und mit der historisch gewachsenen Stadt vergleichbar: »Es sollten *Städte am Rande der Städte* entstehen, kleinere Duplikate der Stadtmitte, mit viel Eigenleben, urbaner Gesinnung und dennoch reichlich Platz«, so Wolfgang Hartenstein.⁷⁷ So betonten die an der Planung der »Entlastungsstadt« Neuperlach beteiligten Architekten, Stadtplaner, Lokalpolitiker sowie Vertreter der Neuen Heimat ihr Ziel, eine »Stadt vor der Stadt« zu bauen.

Diese Vorstellungen bestimmten auch die Überlegungen zur Ansiedlungen von Industrie. Entsprechend stellte das Bemühen, Arbeitsplätze zu garantieren, um einen reinen Schlafstadtcharakter Neuperlachs zu verhindern, einen zentralen Aspekt der Planungen für die »Entlastungsstadt« dar. Etwa 14.000 Arbeitsplätze im Produktionssektor sollten geschaffen werden, um sicherzustellen, dass Neuperlach »eine gesunde Funktionsmischung erhält und keine neue Schlafstadt wird«.⁷⁸ Die Planung sah dabei »von Anfang keine absolute Trennung der Arbeitsstätten von den Wohnstätten vor«.⁷⁹ Da die Arbeitsplätze auch

72 StadtA Mü, Baureferat Gruppe Stadtplanung, 27.1.1967, Aufgabe des Wettbewerbs sowie *Egon Hartmann*, Städtebauliche Grundsätze der Wohngebiete Nord und Nordost, in: Entlastungsstadt Perlach in München. Die Neue Heimat Bayern, Gemeinnützige Wohnungs- und Siedlungsgesellschaft mbH, München, eine Gesellschaft der Unternehmensgruppe Neue Heimat, Hamburg, berichtet über die Errichtung von 25 000 Wohnungen in der Entlastungsstadt Perlach, München 1967, S. S. 60.

73 StadtA Mü, Plan.Ref. Abg 99013, Nr. 4 21.4.1967, Erläuterung der Planung vor der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung, Landesgruppe Bayern.

74 StadtA Mü, Bü u Rat 3926–3927.

75 Betreff: Stadtteil Perlach. Planung für das Stadtteilzentrum und die Wohnquartiere Mitte und West. Anhang zum Beschlussvortrag des Stadtentwicklungs- und Stadtplanungsausschusses, 9.12.1970, Gutachten der Arbeitsgruppe für Sozialforschung München.

76 *Hartmann*, S. 66.

77 *Wolfgang Hartenstein*, Zum Thema, in: *Katrin Zapf/Karolus Heil / Justus Rudolph* (Hrsg.), *Stadt am Stadtrand*, Bremen 1969, S. 9–17, hier: S. 10 (Kursivdruck im Original).

78 *Edgar Luther*: Entlastungsstadt Perlach. Teil der städtebaulichen Entwicklung Münchens, in: Entlastungsstadt Perlach, S. 36.

79 StadtA Mü, Bü u Rat, 3929; Entlastungsstadt Perlach, hier: Stand der Planung und der Vollzugsmaßnahmen, 13.3.1968.

für Bewohner und Bewohnerinnen der Entlastungsstadt sein sollten, wurde angestrebt, sie in günstiger Entfernung zu den Wohnsiedlungen zu lokalisieren. Im Südteil Neuperlachs sollten »möglichst nahe am Zentrum und am Wohnen [...] saubere, hochwertige Industriebetriebe« angesiedelt werden.⁸⁰

Betrachtet man die Pläne zur räumlichen Anordnung der Industrie in Neuperlach, so zeigt sich allerdings, dass diese uneinheitlich sind. Einmal sind sie stärker in der Sprache formuliert, die sich bewusst von den Maximen der Funktionstrennung abhebt und auf Konzepte der Vermischung, der Integration verschiedener Funktionen verweist: »möglichst nahe am Zentrum«, »keine absolute Trennung der Arbeitsstätten von den Wohnstätten«, das andere Mal überwiegt die Vorstellung einer separierten Arbeitszone. Ende der 1960er Jahre ist wiederum von einem »Gewerbegebiet« die Rede, das »unmittelbar« an das Zentrum« herangeführt werden soll. Dahinter stand nicht nur die Idee, Neuperlacher Bewohner/innen Arbeitsplätze zur Verfügung zu stellen, sondern auch die Vorstellung, den Beschäftigten des anvisierten Industriebetriebes, nämlich Siemens, eine »unmittelbare Gelegenheit zum Einkauf im Zentrum zu geben«.⁸¹ Die Hoffnung auf eine städtische, die Bewohner und die dort beschäftigten Arbeitnehmer integrierende Raumstruktur, auf deren Begegnungen im öffentlichen Raum, dominierte die Planungen. Anders als die Berliner Siemensstadt sollte Neuperlach keine Stadt werden, in der überwiegend oder gar ausschließlich die bei Siemens Beschäftigten wohnten, einkauften und ihre Freizeit verbrachten.

Dieses Ziel zu verwirklichen, stieß jedoch auf erhebliche Schwierigkeiten, denn es fanden sich anfangs keine Unternehmen, die Interesse hatten: Die relativ hohen Grundstückspreise und die unbefriedigende Verkehrssituation aufgrund der noch nicht vorhandenen Straßen und der noch fehlenden öffentlichen Verkehrsmittel hielten die meisten Unternehmen von einer Entscheidung für eine Ansiedlung in Neuperlach ab.⁸² Auch die Firma Siemens, mit der die Stadt München frühzeitig verhandelt hatte, entschied sich zuerst einmal aufgrund der zu hohen Grundstückspreise für einen anderen Standort in München.⁸³ Im Frühjahr 1968 war man allerdings doch wieder zuversichtlich, dass »die baldige Errichtung eines größeren elektrotechnischen Werkes im Bauquartier Süd (...) so gut wie sicher angesehen werden« könne.⁸⁴ Aus Sicht der Stadtverwaltung erfreulich, zeigte sich Siemens »unter veränderten Voraussetzungen« im Herbst 1968 am Standort Neuperlach wieder interessiert.⁸⁵ So hoffte man Ende der 1960er Jahre schließlich erneut, zusammen mit den Arbeitsplätzen im Verwaltungs- und Dienstleistungsbereich nahezu einen Arbeitsplatz pro Wohnung zu schaffen.⁸⁶ Der Münchner Stadtrat genehmigte 1969 schließlich die Ausweisung eines Geländes im südöstlichen Bereich Neuperlachs – fern des geplanten Zentrums – als Industriegebiet.⁸⁷

80 StadtA Mü Bü u Rat 3926–3927.

81 StadtA Mü Plan. Ref. Abg. 9013, Nr. 5, 26.3.1969, Beschluß des Stadtplanungsausschusses.

82 Vgl. StadtA Mü, Plan.Ref. Abg 99013, Nr. 4, 21.4.1967, Erläuterung der Planung vor der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung, Landesgruppe Bayern; sowie Betreff, Stadtteil Perlach. Planung für das Stadtteilzentrum und die Wohnquartiere Mitte und West. Anhang zum Beschlussvortrag des Stadtentwicklungs- und Stadtplanungsausschusses, 9.12.1970, Gutachten der Arbeitsgruppe für Sozialforschung München.

83 Vgl. StadtA Mü, Plan.Ref. Abg 99013, Nr. 4, 21.4.1967, Erläuterung der Planung vor der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung, Landesgruppe Bayern.

84 StadtA Mü, Bü u Rat, 3929, 13.3.1968, Entlastungsstadt Perlach, hier: Stand der Planung und der Vollzugsmaßnahmen.

85 StadtA Mü, Plan.Ref. Abg 9013, Nr. 4, 26.3.1969, Baureferat. Beschluß des Stadtplanungsausschusses.

86 Vgl. Gesamtplan zur Behebung der Wohnungsnot in München. Münchner Plan. Abschlußbericht, München 1969.

87 Vgl. SAA-Neuperlach, Siemens München – Entwicklung auf Expansionskurs, o. O., o. J.

Die Presse meldete bald, ein Teil der bei Siemens Beschäftigten könne in Neuperlach wohnen; Neuperlach würde somit keinen Schlafstadtcharakter erhalten.⁸⁸ In der Frühphase der Planung scheint es tatsächlich, als würde sich Siemens, wie es geplant war, in die neue »Entlastungsstadt« integrieren. Ein Vorstandsmitglied der Siemens AG wurde mit der Äußerung zitiert, in Perlach würden Arbeitsplätze für die dortige Bevölkerung entstehen.⁸⁹ Und schließlich, so wurde in der *Süddeutschen Zeitung* berichtet, solle das Projekt »im Gegensatz zu anderen Industrievierteln kein geschlossenes und umzäuntes Gebäude werden, das an Abenden und Wochenenden als Sperrriegel wirkt.« Es solle, nach den Plänen des Architekten »verschiedene Gemeinschaftseinrichtungen wie Schwimmbad, Vortragssäle, Läden und Casino enthalten.«⁹⁰ Es dominierte das Konzept eines integrierten, mit Stadt und Bevölkerung verflochtenen Standorts. Doch betrachten wir den Forschungsstandort der Firma Siemens nun etwas genauer. Was wurde tatsächlich gebaut?

3. Die Forschungsstadt Neuperlach

Das Konzept der Forschungsstadt wurde – nach verschiedenen verworfenen Planungen – von der Hauptabteilung Bauten und Anlagen der Siemens AG 1974 in enger Zusammenarbeit mit der Architektengemeinschaft van den Broek und Bakema entworfen. Es handelt sich dabei um den größten, je realisierten strukturalistischen Architekturkomplex.⁹¹

In Architekturzeitsungen wurde der Forschungsstandort Siemens Neuperlach häufig wegen seiner auffälligen farblichen Gestaltung erwähnt. Die den Fassaden vorgehängten, weißen Aluminiumbleche sind durch rote, grüne, blaue und gelbe Farbelemente unterbrochen. Die Farben sind nicht willkürlich gesetzt, sondern sie signalisieren verschiedene Funktionen: die so genannten »Kommunikationselemente« (Treppenhäuser, Brücken und Wege zwischen den Gebäuden) sind gelb; rot zeigt Installationen an, blau sind die Einrichtungen für Klima und Belüftung; grün schließlich verweist auf »Informationen« (z. B. Hinweisschilder).⁹² Diese Anklänge an eine »High-Tech«-Architektur die – wie beim Centre Pompidou in noch viel auffälliger Form – die »Innereien des Gebäudes«⁹³, die üblicherweise versteckten technischen Funktionsweisen sichtbar macht, mag man als Hinweis darauf lesen, dass es sich um einen Standort der für diese Zeit modernsten Technik handelte. Diese auffällige ästhetische Gestaltung geht jedoch mit einem weitaus zentralerem Element der räumlichen Gestaltung des Standortes einher: der Konzeption des Forschungsstandortes als »Stadt«.

Von der Raumstruktur her basiert der Standort auf einer netzartigen, diagonalen Struktur.⁹⁴ Dabei sollte die Addition von Einzelbauten, die als Module jederzeit erweitert werden konnten, ein Gesamtbild ergeben. Dieses Konzept beruhte auf kreuzförmigen Einzelgebäuden und deren Verkettung. Auf diese Weise entstand eine Art unregelmäßiges Netzwerk.⁹⁵ Versucht man sich einen Überblick über den Baukomplex zu verschaffen, so ist dies, zumindest auf Anhieb, nur über das Modell des Lageplanes möglich. Aus der Vogel-

88 Vgl. Eine halbe Siemens-Milliarde für Perlach, in: SZ, 08./09.11. 1969 sowie Siemens baut in Perlach, in: SAA, Siemens-Presseinformation, 02.01.1970.

89 Vgl. Siemens muß für Perlach neu planen, in: Münchner Merkur, 09.02.1974.

90 Der neue Siemens-Stadt-Plan, in: SZ, 17.12.1971.

91 Vgl. *Schäpe*, 150 Jahre Architektur, S. 86.

92 Vgl. Arbeiten in einem jungen, dynamischen Standort, in: Siemens-Zeitschrift, Heft 2, 1987, S. 26.

93 *Jürgen Pahl*, Architekturtheorie des 20. Jahrhunderts. Zeit-Räume, München etc. 1999, S. 217.

94 Vgl. Siemens München – Entwicklung auf Expansionskurs.

95 Vgl. Arbeiten in einem jungen, dynamischen Standort, in: Siemens-Zeitschrift, 1987, S. 26 sowie Siemens in München-Perlach 1969–1985, in: *Baumeister* 10, 1985, S. 55–60; Münchner Stadtanzeiger, 26.09.1978, S. 4.





Abbildung 2–4: Gebäude der Forschungsstadt Neuperlach. Die Firma Siemens hebt ausdrücklich hervor, dass die neue Forschungsstadt einer kleinen Stadt gleiche. Die Bilder zeigen den Versuch, städtische Strukturen durch die Bildung von Höfen und Wegen entstehen zu lassen. Die Forschungsstadt imitierte damit städtische Plätze, die zum Teil mit Brunnen und Bänken bestückt wurden. Gleichzeitig fällt allerdings auf, wie sehr der städtische Eindruck aufgrund gleichförmiger Architektur, die wie aus einem Guss erscheint, wiederum konterkariert wird.

Quelle: Siemens-Archiv München.

perspektive entdeckt man den kreuzförmigen, streng geregelten Grundriss, der jedoch immer wieder unterbrochen wird, so dass Höfe, Wege, kleine Wiesen entstehen.⁹⁶ So wie Stadtbilder durch eine Folge von Plätzen und Räumen, durch von Gebäuden begrenzte Straßen und durch zahlreiche Verbindungswege geprägt sind, sind die Gebäude auf dem Siemensgelände als begrenzende Elemente gebaut und lassen auf diese Weise offene Räume entstehen.⁹⁷ Unterschiedliche »städtische Höfe« wurden gebildet; Höfe, die man durch die Erdgeschoßzone betreten konnte und die mit kleinen Wiesen und Bäumen gestaltet, einzeln und alleenförmig angeordnet sind. Dabei stehen die netzförmig miteinander verwobenen Flachbauten im Wechsel mit höheren Gebäuden; sie sind durch Brücken und Wege auf verschiedenen Etagenebenen miteinander verknüpft. Kein Bau gleicht dem anderen; vielmehr wurden die Grundelemente vielfältig variiert, was das Bild einer Stadt fördern sollte.⁹⁸

Die Forschungsstadt stellt eine kompakte städtebauliche Einheit der kurzen Wege dar. Die Kompaktheit, die verschiedene Abteilungen an einem Ort konzentrieren sollte, ging

96 Siemens-Archiv München (im folgenden SAA) 86/Lr 546, München-Perlach. Eine Dokumentation. 1979.

97 Vgl. Forschungs- und Verwaltungszentrum der Siemens AG, München-Perlach, in: Bauen + Wohnen 7–8, 1979.

98 Vgl. Arbeiten in einem jungen dynamischen Standort, in: Siemens-Zeitschrift, 1987, S. 26.

mit Bemühungen einher, einen urbanen Standort zu schaffen, indem ein kleiner Laden, eine betriebsärztliche Dienststelle, Fach- und Werkbücherei, Seminarräume für Weiterbildungsveranstaltungen sowie ein »Sozialgebäude« mit vielfältigen Einrichtungen gebaut werden sollte. Kantine, Gästespeisezimmer, Bibliothek, Vortragssaal wiederum sollten ein »soziales Leben« am Standort ermöglichen.⁹⁹ Ein »Kommunikationszentrum«, das Forum, sollte die »Kontaktwelt« des Standortes darstellen.¹⁰⁰ Der Entwurf war stark darauf angelegt, Kommunikation zu fördern. Es war gar die Rede von einer »Sozialstraße« und einer »Fußgängerzone«.¹⁰¹ Dabei galt es als eine wesentliche Anforderung, mit der Gestaltung »neue Formen des betrieblichen und menschlichen Zusammenlebens zu fördern und die Kluft zwischen dem privaten Lebensraum und der Arbeitswelt zu überbrücken.«¹⁰²

Von einem Arbeitsteam zur Vorbereitung der Büroplanung in Neuperlach waren zudem »Trimmzentren« vorgesehen; diese Idee wurde allerdings wieder zurückgestellt – sie ging offensichtlich zu weit. Eine mit Bleistift geschriebene Anmerkung kommentierte dies etwas sarkastisch: »Dort wo notwendig, wird am Arbeitsplatz »getrimmt« (z. B. Locherei!!)«.¹⁰³

Die Vorstellung, »die Kluft zwischen privatem Lebensraum und der Arbeitswelt zu überbrücken«, erinnert zum einen an den Lebens- und Arbeitsstil von Wissenschaftlern, bei denen Arbeitszeit- und Freizeit häufig räumlich und sozial nicht klar getrennt sind. Bereits in den frühen Industrieforschungslabors wurde versucht, eine »Universitätslabor«-Atmosphäre zu schaffen.¹⁰⁴ Ziel war es, mittels der Verbindung von Arbeit und Leben in einer lebendigen, urbanen Umgebung, kreative Potenziale freizusetzen. Dies wurde in den 1970er und verstärkt in den 1990er Jahren zu einem maßgeblichen Element stadtplanerischer, wissenschaftspolitischer und unternehmerischer Konzepte.

Interessanterweise finden sich solche städtebaulichen Konzepte in den 1970er Jahren nicht nur in der Industrieforschung, sondern auch in Verwaltungsgebäuden, in denen gleichfalls die Verknüpfung von Privatheit, Freizeit und Arbeitswelt suggeriert wurde. So hatte die Hamburg-Mannheimer Versicherungs-AG zu dieser Zeit ein reiches Angebot an Freizeiteinrichtungen im Verwaltungsgebäude eingerichtet: Sporthallen, Kegelbahnen, Fitness-Räume und eine Cafeteria.¹⁰⁵ Ein Verwaltungsgebäude in Apeldoorn wurde gleichfalls explizit mit einer Stadt in der Stadt verglichen.¹⁰⁶ Es zeichnete sich ganz ähnlich wie das Siemens-Gebäude durch die Addition kleiner Gebäude, eine »hausähnliche« Bürostruktur, »Pausennischen«, Kaffeebars, Post- und Bankservice sowie einen kleinen Einkaufsmarkt aus.¹⁰⁷ In einer Kritik des Gebäudes in Apeldoorn sprach Inge Boskamp von

99 SAA-Neuperlach, Hauspost, Siemens Presseinformation; *Baumeister* 9, 1979, S. 865–874.

100 Siemens in München-Perlach, in: *technik + münchen*, Mitteilungsblatt der Technisch-Wissenschaftlichen Vereine Münchens, Juni 1980, S. 48.

101 SAA-Neuperlach, Planungsbüro Perlach, 04.10.1971, Stellungnahme zum Entwurf von Bakema.

102 SAA, Erläuternde Bildunterschrift, Foto von Neuperlach.

103 SAA-Neuperlach, o. O., o. J., Büroplanung Neuperlach.

104 Vgl. *Paul Erker*, Die Verwissenschaftlichung der Industrie. Zur Geschichte der Industrieforschung in den europäischen und amerikanischen Elektrokonzernen 1890–1930, in: *Zeitschrift für Unternehmensgeschichte* 35 (1990), S. 73–94, hier: S. 85. Zur Tradition des Campus vgl. *Tina und Patric Unruh*, Investition Stadt. Der Novartis Campus in Basel, in: *Bruno Fritzsche/Hans-Jörg Gilomen/Martina Stercken* (Hrsg.), *Stadtplanung – Planstädte*, Zürich 2006, S. 193–222, hier: S. 202 ff.

105 Vgl. *Werner Durth*, Die Inszenierung der Alltagswelt. Zur Kritik der Stadtgestaltung, 2. Aufl., Braunschweig etc. 1988, S. 121, hier: Fußnote 66.

106 Ebd., S. 121.

107 Vgl. *Inge Boskamp*, Das Verwaltungsgebäude der Central Beheer in Apeldoorn, in: *Der Architekt*, Heft 5, 1975, S. 232–235.

einem »Altstadt-Imitat« und einem »Stattersatz« für die Mitarbeiter.¹⁰⁸ Ähnliches lässt sich für das Siemens-Areal konstatieren. Auch Siemens sprach von einer Forschungsstadt – ohne dass das Unternehmen allerdings jedoch eine Stadt entworfen hätte, in der die Beschäftigten tatsächlich leben, wohnen *und* arbeiten sollten.

Betrachtet man noch einmal das Gesamtkonzept der Forschungsstadt im Vergleich mit der Berliner Siemensstadt, so fallen folgende Unterschiede auf:

1. Anders als die Berliner Siemensstadt baute Siemens in der so genannten Forschungsstadt keine Wohnungen. Die Standortplanung sah jedoch soziale Infrastrukturen vor, die dem Areal eine urbane Atmosphäre geben sollten. Viele der angekündigten Infrastrukturen wurden allerdings nicht gebaut. Kleine Läden, die »Fußgängerzone« etc. gibt es dort nicht. Die Akten gaben leider wiederum keinen Aufschluss über die Gründe.
2. Im Gegensatz zur Berliner Siemensstadt wurde die Forschungsstadt zu einem monofunktionalen Ort, einem fragmentierten Teil des Stadtteils, in dem sie liegt, in dem hoch qualifizierte Angestellte arbeiten.
3. Anders als die Berliner Siemensstadt ist der Standort Neuperlach ein nicht öffentlich zugänglicher Raum. Eine Mauer schirmt das Gelände ab, der Zugang wird kontrolliert. Entgegen der Planung oder der Hoffnung der Stadt München integrierte sich die Forschungsstadt nicht in die Entlastungsstadt. Vielmehr baute Siemens ein separiertes, abgeschottetes Areal.
4. Der Stadtbegriff wurde von vornherein in einem sehr reduzierten Sinne für eine bestimmte Form der räumlichen und wissenschaftlichen Organisation verwendet, die auf Flexibilität, Kleinteiligkeit, Kompaktheit, Dichte, Kommunikation und Austausch zielte. Der Unternehmensstandort zitierte »öffentliche Räume« wie Straßen und Plätze in seinem nicht-öffentlich zugänglichen Areal. Ein stilisiertes Modell des Städtischen diente hier als Konzept für die Organisation des Unternehmensstandortes, das Informelles, Kommunikation, Heterogenität in den Mittelpunkt stellt. Der Begriff des Städtischen ist ein reduzierter, ein Imitat, das Kreativität, ein soziales Leben, eine urbane Atmosphäre erzeugen sollte, ohne dass es sich um eine Stadt handelte, in der Menschen wohnen, leben, ihre Freizeit verbringen. Neuperlach wurde zu einem monofunktionalen Arbeitsplatz-Standort für zumeist hoch qualifizierte Akademiker; ein abgeschotteter und fragmentierter Ort für Siemens-Mitarbeiter.

Bei Mitarbeitern der Firma Siemens, die ihre städtischen Standorte in Richtung Peripherie verlassen sollten, stieß das Projekt anfangs nicht auf Begeisterung. Es war gar vom »Stadtrand-Problem«¹⁰⁹ die Rede. Die Mitarbeiter taufte den Standort, den sie im Winter beziehen mussten, »Datsibirsk«¹¹⁰. Wie die Siemens-Zeitschrift rückblickend schrieb, betrachteten sich die ersten dort hinziehenden Mitarbeiter fast als »Pioniere in einer neuen, weltfernen Region«. So hielt zwar die S-Bahn alle 20 Minuten am Werkseingang, die Straßenbahn endete jedoch einen Kilometer stadteinwärts, und die Busanbindung an das neue Gelände war »auch nicht gerade ideal gelöst«.¹¹¹ Die Neuperlacher Wohnhochhäuser, in ihrer Monumentalität und Größe an osteuropäische Wohnsiedlungen erinnernd, mögen den Eindruck eines »Datsibirsk« noch verstärkt haben.

Die anfänglich seitens der Stadt München angestrebte Integration von »Entlastungsstadt« Neuperlach und dem neuen Standort der Firma Siemens verwirklichte sich nicht. Weder entstanden im nennenswerten Umfang Arbeitsplätze für die Bewohner Neuperlachs

108 Boskamp, S. 333, 335.

109 Klaus H. Knapp, Innovatives Perlach – ein Standortname steht für High-Tech, in: Siemens-Zeitschrift Special Forschung und Entwicklung, Frühjahr 1990, S. 30.

110 Mooseder u. a., S. 942.

111 Knapp, S. 30.

noch stießen die neu errichteten gigantischen Hochhäuser als Wohnraum auf das Interesse der Siemensmitarbeiter. Auch wenn Zeitungsberichte vereinzelt Gegenteiliges zu suggerieren versuchten, indem sie gar die Frage aufwarfen, ob Neuperlach »auf dem Weg zum Akademiker-Viertel« sei, da Mitarbeiter die »langen Fahrten zur Arbeit satt« hätten¹¹², so kann davon keine Rede sein. Zwar liegen keine Statistiken vor, wie viele Wissenschaftler dort wohnen, doch scheint die Zahl gering. Trotz der Tatsache, dass zwischen 1975 und 1977 in Neuperlach der Arbeiteranteil bei 19 % lag und der Anteil der Angestellten und Beamten dagegen bei 58 %, erhielt Neuperlach, wie die meisten Großwohnsiedlungen, ein negatives Image und wurde mit Sozialwohnungen und Ausländerwohnen assoziiert. Die meisten Großwohnsiedlungen hatten unmittelbar nach der Fertigstellung und Erstbezug einen schlechten Ruf, obgleich es sich in den meisten, was ihre Erstbelegung betrifft, um eine »gesunde Mischung« handelte.¹¹³ Eine ungeschickte »Belegungspolitik der Wohnungsämter« sowie die spezifischen Wohnungsmarkbedingungen führten zudem dazu, dass zum Teil sehr homogene Gruppen, beispielsweise Spätaussiedler oder Sanierungsverdrängte in großer Anzahl in die Siedlungen zogen.¹¹⁴ Und in der Tat wurde bald kritisiert, die soziale und altersmäßige Mischung sei nicht gelungen.¹¹⁵

Zwischen Siemens und Neuperlach entwickelte sich somit kaum Kommunikation, weder durch die Bewohner noch durch gemeinsam genutzte öffentliche Einrichtungen. Es bestand kaum eine Verbindung zwischen Siemens und seinem lokalen Standort Neuperlach. Siemens hat eine eigene Identität als »Denkfabrik«. Die Forschungsstadt stellt ein autarkes Gebilde dar, das nur nach einer Kontrolle und mit einem konkreten Anliegen zugänglich ist.

III. SIEMENS-HOFMANNSTRASSE: KONZEPTE ZUR RE-INTEGRATION VON STADT UND UNTERNEHMEN

Planungen und Entwicklungen aus der jüngsten Zeit verweisen wiederum auf ein gewandeltes Verhältnis von Stadt und Unternehmen. Das, was in Neuperlach gar nicht intendiert wurde, wurde kürzlich für den seit 1927 existierenden Standort Hofmannstraße in München geplant, nämlich die Öffnung des Standortes zur Stadt, die Integration von Unternehmen in das städtische Leben und Umfeld.

Im Standort Hofmannstraße sind die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter heute überwiegend in den Feldern Dienstleistung, Vertrieb, Forschung und Entwicklung tätig. Größter Arbeitgeber ist der Bereich »Information and Communication Networks«. Das riesige, bislang eingezäunte Werksgelände, auf dem 105 Gebäude stehen, sollte bis ca. 2012 zu einem offenen Stadtviertel mit einem Park, zwei neuen Hochhäusern, Bürogebäuden, Freizeiteinrichtungen und Wohnungen umgestaltet werden. Der Projektleiter Uwe Nienstädt erläuterte: »Die existierende Struktur wird abgelöst durch eine moderne Arbeitswelt, die aufs Engste verzahnt ist mit Wohnen, Freizeit, Einkaufen, Gastronomie und Sport.«¹¹⁶ Das neue Stadtviertel soll in mehrere Bauquartiere mit einer Mischung aus Wohn- und Büronutzung entlang eines Parks eingeteilt werden; aus einem monofunktionellen Groß-

112 Münchner Abendzeitung, 02.09.1983, S. 29.

113 *Wulf Tessin*, Die Neubausiedlungen der Sechziger/Siebziger Jahre, in: *Ulfert Herlyn/Adelheid von Saldern/Wulf Tessin* (Hrsg.), Neubausiedlungen der 20er und 60er Jahre. Ein historisch soziologischer Vergleich, Frankfurt/Main etc. 1987, S. 75–101, hier: S. 94. Vgl. auch: *Ulf Herlyn*, Lebensbedingungen und Lebenschancen in den Großsiedlungen der 60er und 70er Jahre, in: *Herlyn u. a.*, S. 102–126, hier: S. 105 ff.

114 Vgl. *Tessin*, S. 95.

115 Vgl. *Hartenstein*, S. 11.

116 Siemens Welt. Mitarbeiterzeitschrift des Hauses. – München April 2002, S. 7.

standort soll wieder eine Stadt entstehen mit »einer vitalen Mischung«:¹¹⁷ Die Arbeits- und Wohnumgebung, die geplant ist, gilt, so kommentierte es jedenfalls Siemens im Jahr 2002 selbst, als beispielhaft für den Wandel in der Arbeits- und Lebenswelt.¹¹⁸

Allerdings sind diese Pläne bereits wieder zurückgenommen: »Eines der ehrgeizigsten Städtebau-Projekte ist nun endgültig ad acta gelegt [...] Von den großartigen Ideen ist so gut wie nichts übrig geblieben«, berichtete die *Süddeutsche Zeitung* Ende April 2005. Ein Mitglied des Stadtrates kommentierte dies folgendermaßen: »Dass nach so vielen Jahren des Planens und Diskutierens alles über den Haufen geworfen wird, macht uns alles andere als glücklich.« Zwar wird das Gelände saniert, was aber aus dem Anspruch wird, das Firmengelände für alle zu öffnen, ist zurzeit unklar.¹¹⁹ Derzeit verhandeln die Stadt München und das Unternehmen Siemens um die Neustrukturierung des Areals.¹²⁰

IV. ZUSAMMENFASSUNG UND AUSBLICK

Das Verhältnis von Unternehmen und Stadt im Hinblick auf die Frage nach deren Verflechtungen, Integration bzw. ihrer Trennung und Abschottung wandelte sich historisch, wie das Beispiels Siemens zeigt. Im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts baute Siemens einen ganzen Stadtteil, einen öffentlichen Raum, den zwar jeder betreten konnte, der aber letztlich »exklusiv« war, insofern Wohnungen und Sozialeinrichtungen nur den bei Siemens Beschäftigten zustanden. Diese »Privatisierung« eines öffentlichen Raums diente vermutlich auch dazu, wie es ja auch bei anderen Arbeitersiedlungen dieser Zeit zu beobachten war, das Verhalten der Beschäftigten zu steuern und zu kontrollieren. Auch dies wäre ein Aspekt, der noch genauer zu erforschen wäre. Klar ist allerdings, dass es sich um einen Stadtteil handelt, der nach den Bedürfnissen des Unternehmens gebaut worden war, einen Sonderraum mit eigener Identität, der in einiger Entfernung von Berlin lag.

In den 1970er Jahren bemühte sich die Stadt München im Kontext des Baus der Entlastungsstadt Neuperlach, einen neu zu errichteten Forschungsstandort von Siemens in die neu gegründete Entlastungsstadt zu integrieren und Unternehmensstandort und Stadt zu verflechten. Entgegen der Pläne und Hoffnungen der Stadtplaner und Politiker baute Siemens jedoch eine abgeschirmte Forschungsstadt, einen exklusiven, privaten Raum für Angestellte, der das Städtische lediglich imitierte und in einer rein ökonomischen Logik als »kreatives Umfeld« nutzen wollte, um den technisch-innovativen Output zu erhöhen.

Der in der Stadtmitte gelegene Standort Hofmannstraße, steht mit dem Konzept der Integration und der Verflechtung von Stadt und Industrieareal für eine der derzeitigen städtebaulichen Strömungen. Dies stellt jedoch nicht die einzige dar. Seit den 1980er, vor allem aber den 1990er Jahren entstanden weltweit in den Städten neue Areale wie Industrial Estates, Business Parks, Office Parks, Research & Development Parks. Es handelt sich dabei um Gewerbegebiete oder Industrieareale, die auf privater Basis gegründet wurden.¹²¹ Was sie alle auszeichnet, inklusive der Berliner Siemensstadt und der Neuperlacher Forschungsstadt, ist, dass sie separierte Orte darstellen, Enklaven an den Rän-

117 Ebd.

118 Ebd.

119 SZ, 28.04.2005, S. 34.

120 Auskünfte über den Prozess erteilt das Unternehmen Siemens nicht. Leider werden auch keine Unterlagen über die ursprünglichen Planungen, die nun überarbeitet werden, zur Verfügung gestellt (Telefonat mit Gerhard Vilsmeier am 16. März 2006).

121 Vgl. Johann Vielberth, Standort »Außen« Gewerbepark Regensburg, in: Gudrun Gehring/Wolfgang Christ (Hrsg.), Von Innen nach Außen. Stadtentwicklung ohne Stadt? Städtebauliches Modellprojekt und Ideenwettbewerb 1996/97 für die Region zwischen Weimar und Erfurt, Köln 1997, S. 50–53, hier: S. 50.

dem der Städte. Sie entsprechen – anders als die ursprünglichen Planungen zum Siemensstandort Hofmannstraße – einem Trend, der die Konzeption Neuperlachs fortsetzt, indem die Unternehmensstandorte als abgeschirmte Räume gebaut werden, die nicht öffentlich zugänglich sind und nur partiell städtische Strukturen aufweisen.

Ein Beispiel ist der sich derzeit in einer Umgestaltung befindliche Novartis Campus in Basel. Das Areal des Novartis Campus ist das alte Industrieareal des ehemaligen Stammhauses der Sandoz AG, aus der durch die Fusion mit Ciba-Geigy die Novartis AG entstand.¹²² Damit war die bewusste Entscheidung gegen die Möglichkeit getroffen, vor der Stadt einen gänzlich neuen Standort zu gründen. Ähnlich wie der Siemens-Standort in Neuperlach, der im Kontext der »Wissensgesellschaft« entstand, zielt auch die derzeitige Umstrukturierung des Areals in Basel auf die Transformation des ehemaligen Produktionsstandortes in einen »Ort der Innovation, des Wissens und der Begegnung«.¹²³ Tina und Patric Unruh haben die Planungsgeschichte und Konzeption des Standortes nachgezeichnet und betonen dabei den städtischen Charakter des Areals. Novartis formulierte diese Orientierung am Städtischen selbst als Vision: »[...] eine Stadt in der Stadt im Grünen, ein Teil von Basel, aber trotzdem eigenständig [...]«¹²⁴. Wie Tina und Patric Unruh zusammenfassen, »orientiert sich der Masterplan klar an der klassischen Gestalt europäischer Städte«.¹²⁵ Wie im Falle des Siemensstandortes Neuperlach auch handelt es sich um eine »Stadt« in der Stadt, die Wohnen, Freizeit und Leben nicht integriert und die abgeschottet von der Stadt besteht. Zwar verfügt das Gelände über »Öffnungen«, die »vielfältige Verbindungen mit der Umgebung« ermöglichen¹²⁶, allerdings handelt es sich um kontrollierte Drehkreuze, die lediglich den Mitarbeitern z. B. den Weg ans Rheinufer ermöglichen; sie sind mithin einseitig offen.

Vergleicht man gegensätzliche Trends, die sich am Beispiel Novartis-Campus und Siemensstandort Hofmannstraße beobachten lassen, ist natürlich auf die Branche hinzuweisen. Im Falle der Chemieindustrie bedarf es zweifellos hoher Sicherheitsvorkehrungen, so dass sich eine Öffnung in den Stadtteil hinein schwieriger (wenn nicht unmöglich) gestaltet als im Falle der Hofmannstraße.

Gleichwohl sind diese Areale Teil des städtischen Raums und beeinflussen die Balance von öffentlichen und privaten Räumen. Für die Stadtbewohner und -bewohnerinnen macht es einen großen Unterschied, ob sie mit einer abgeschirmten »Stadt in der Stadt« konfrontiert sind, die sie nicht betreten können, die sie also umfahren, umgehen oder umradeln müssen, oder ob die Firmenareale zur Stadt hin geöffnet sind und Infrastrukturen von den Beschäftigten sowie den dort Wohnenden gemeinsam genutzt werden. Wie Hans-Paul Bahrdt schrieb: »Der Großbetrieb schneidet aus dem Stadtgebiet nicht selten eine Fläche von mehreren Quadratkilometern heraus, zu der die Öffentlichkeit keinen Zutritt hat.«¹²⁷

Die Brisanz ergibt sich vor allem im Blick auf die Gesamtstadt. Denn Unternehmensareale stellen nicht die einzigen »Städte in der Stadt« dar. Shopping Malls und Gated Communities wurden eingangs bereits erwähnt. Die unternehmerische Stadt, die Einkaufsstadt, die abgesperrte Wohnstadt können die Stadt zu einem hochfragmentierten Raum werden lassen.

Dabei erweisen sich diese fragmentierten Räume in der Regel als sozial homogene Räume. Teile der Bevölkerung werden aus diesen Räumen ausgeschlossen; Zugangsbeschränkungen führen damit zur sozialen Segregation in den Städten. Dies trifft vor allem für Gated Communities zu. Aber auch die abgeschirmten Firmenareale fördern einen Trend

122 Vgl. Unruh, S. 193–222.

123 Zit. nach Unruh, S. 201.

124 Unruh, S., Fußnote 13.

125 Ebd., S. 218.

126 Ebd., S. 198.

127 Bahrdt, S. 93.

zur Fragmentierung der Stadt in funktional getrennte und räumlich und sozial separierte Räume. Die Nachahmung des Städtischen, die sich dabei innerhalb dieser Räume beobachten lässt, lenkt den Blick umso mehr darauf, wie sehr die Idee der europäischen Stadt dabei allerdings unterhöhlt wird. Denn diese Räume stellen – bei aller architektonischen Imitation der Europäischen Stadt – keine Räume der Vermischung, der Begegnung, der öffentlichen Kommunikation, politischen Artikulation oder des Pluralismus dar, sondern im Gegenteil befördern sie eine funktionale Homogenisierung und soziale Ausgrenzung.

Die Fragmentierung der Stadt in privatisierte Räume führt nicht zuletzt zum Verlust des politischen Aspekts der europäischen Stadt. Vor allem die Idee der Emanzipation und der Bürgergesellschaft stellen jedoch ein maßgebliche, immer wieder betonte Konnotation der »europäischen Stadt« dar.¹²⁸ Sie gilt als eine von »freien Bürgern getragene, gemeinschaftliche Selbstverwaltung und rechtliche und politische Autonomie«, so Häusermann.¹²⁹ Sie steht mithin für die Bürgergesellschaft, umschrieben mit den Begriffen des Marktes, der Agora. Häufig wird sie mit der Idee einer Zivilgesellschaft verbunden.¹³⁰ Und nicht zuletzt in dieser Tradition sieht Dieter Hassenpflug den entscheidenden Grund, das Festhalten an der »europäischen Stadt« nicht als rückwärtsgewandte Utopie zu bezeichnen: »Wenngleich diese Errungenschaften bürgerlicher Zivilität selten genug die Wirklichkeit der europäischen Geschichte bestimmten, so sind sie dennoch ihr Telos und Möglichkeitshorizont.«¹³¹ Die pure Imitation der europäischen Stadt, wie sie sich seit den 1970er Jahren, vor allem aber seit den 1990er Jahren in Shopping Malls, Firmenarealen und auch in Gated Communities beobachten lässt, birgt jedoch die Gefahr einer gegenteiligen Entwicklung: Fragmentierte, privatisierte Räume sind monofunktionale, sozial homogene und entpolitisierte Räume. Räumliche und soziale Integration bzw. Exklusion gehen dabei Hand in Hand.

128 Vgl. Dieter Hassenpflug, Die europäische Stadt als Erinnerung, Leitbild und Fiktion, in: ders. (Hrsg.), Die europäische Stadt. Mythos und Wirklichkeit, Münster 2000, S. 11–47 sowie Wolfgang Kaschuba, Von der »Bürgerschaft« zum symbolischen Ort. Ethnologische Anmerkungen zu einer aktuellen Debatte, in: Werner Rietdorf (Hrsg.), Auslaufmodell Europäische Stadt? Neue Herausforderungen und Fragestellungen am Beginn des 21. Jahrhunderts? Berlin 2001, S. 95–102, hier: S. 100.

129 Hartmut Häusermann, Die Neuerfindung der Stadtgesellschaft, in: Das Parlament, Zukunft der Städte, 53 (2003), Nr. 37, S. 1.

130 Thomas Knorr-Siedow, Potenzialität in der Verknüpfung – Europäische Stadt und zivile Gesellschaft, in: Rietdorf, Auslaufmodell Europäische Stadt, S. 61–79.

131 Hassenpflug, S. 13.